

ungen“

punkt darüber diskutieren müssen, was denn nun als geheim oder vertraulich eingestuft bleiben soll und was nicht. Ansonsten wären die zuliefernden Behörden in der Lage, uns zu blockieren. Es geht uns ja darum, dass wir auch vieles öffentlich verwenden dürfen.

Es gilt also auch verfahrenstechnisch einiges zu beachten.

Lüders: Genau. Wenn zum Beispiel eine Fraktion beantragt, einen V-Mann zu vernehmen – wie arrangieren wir uns dann? Vernehmung mit Perücke? Oder in einem gesonderten Raum mit Videoübertragung? Hinter einer spanischen Wand? Das ist schon speziell. Aber da sind wir noch lange nicht.

Arbeiten unter erschwerten Bedingungen?

Lüders: Unter anderen Bedingungen.

Biesenbach: Ja, unter anderen Bedingungen. Es erfordert aber auch eine ungeheure Disziplin der Mitglieder.

Warum?

Biesenbach: Auch wir dürfen zwar alle in den als geheim eingestuften Akten lesen, bei den Zeugenbefragungen dürfen wir aber Dinge, die wir aus diesen Akten haben, nicht verwenden. Wir dürfen also nur nach Dingen fragen, die auch öffentlich behandelt werden können. Hinzu kommt: Einerseits verbietet das PUA-Gesetz den Mitgliedern bis zum Abschluss die Abgabe von Wertungen, andererseits warten die Medien auf Stellungnahmen. Wir werden versuchen, Presseerklärungen gemeinsam abzugeben.

Sie haben auf die anderen NSU-Untersuchungsausschüsse hingewiesen. Kommt dem Ausschuss in Nordrhein-Westfalen eine besondere Bedeutung zu? Beim Anschlag in der Keupstraße in Köln hatte es Medienberichten zufolge Indizien für einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund gegeben.



Im Gespräch: Nadja Lüders (SPD) und Peter Biesenbach (CDU)

Foto: Schälte

Lüders: Ja, das sehe ich schon so. Neben Probsteigasse und Keupstraße hatten wir in der Serie in NRW auch einen Mord in Dortmund. Wenn man den Bericht aus Berlin liest, wird sehr schnell klar, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht viel Zeit hatten, diese Fälle intensiv zu behandeln. Deshalb ist es unsere Aufgabe, das zu tun. Wir haben nicht nur die Aufgabe, sondern auch die Verantwortung, für NRW sehr gründlich hinzugucken, was da genau passiert ist.

Biesenbach: Aus heutiger Sicht besteht auch der Verdacht, dass es bei dem Anschlag in der Keupstraße Bildmaterial gab, das unmittelbar zur Ermittlung der beiden Täter geführt hätte, wenn es in die Datei auf Bundesebene eingepflegt worden wäre.

Ihre Ermittlungen reichen bis Oktober 1991 zurück. Das ist eine lange Zeit.

Lüders: Wir haben Oktober 1991 gewählt, weil zu diesem Zeitpunkt der Brandanschlag in Hünxe war. Wir wollen sehen, wie sich die rechtsextreme Szene in NRW seither entwickelt hat, sprich: Wie hat die Radikalisierung eingesetzt, und hätte man daraus vielleicht etwas ableiten können? Hätte man Hinweise haben können, dass es in der Szene eine Untergrundorganisation geben kann, geben wird oder gegeben hat?

Biesenbach: Es gab im Ausschuss in den Vorgesprächen den Wunsch, doch seit 1991 alle noch vorhandenen Akten zu bekommen, die mit Personen zusammenhängen, die im rechtsradikalen Bereich aktiv gewesen sind. Wir haben uns dann an das Landesinnenministerium gewandt, dort hieß es: Bitte überlegt euch das genau, denn die Zahl wird irgendwo zwischen 40.000 und 80.000 liegen.

Lüders: Außerdem – wo setzt man an bei rechtsradikalen Personen? Bei der Hakenkreuzschmiererei eines betrunkenen Jugendlichen oder erst beim harten Kern? Ein anderes Problem: Welche Akten gibt es noch, bekommen wir tatsächlich ein rundes Bild? Wo laufen wir vielleicht auch Gefahr, uns zu verzetteln?

Biesenbach: Die Zahl der Akten hätte uns erschlagen. Als Anwalt habe ich an Großverfahren mitgearbeitet, aber wenn wir da mehr als 300 Akten hatten, wurde es schon sehr schwierig, die Details zuzuordnen.

Haben Sie einen Überblick, mit wie vielen Akten Sie sich im Untersuchungsausschuss beschäftigen werden?

Biesenbach: Wenn wir mit einer vierstelligen Zahl auskommen, haben wir Glück.

Lüders: Ja. Und Akte heißt ja nicht 30 Seiten und dann Ende.

4. November 2011:

Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt werden tot in einem Wohnmobil gefunden

6. Mai 2013:

Prozessbeginn gegen Beate Zschäpe

5. November 2014:

Einsetzung NSU-Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen

8. November 2011:

Festnahme Beate Zschäpe

7. April 2014:

Die Leiche des V-Mannes „Corelli“ wird in Paderborn entdeckt

26. Januar 2012:

Einsetzung Bundestags-Untersuchungsausschuss